

Populismus

It's not the economy, stupid!

Landauf, landab erklären uns die Auguren, dass der Aufstieg des politischen Populismus die Folge der Enttäuschung des Mittelstands über die wirtschaftliche Entwicklung sei. Besonders im Mittelpunkt stehen dabei die Globalisierungsverlierer und die Tatsache, dass die Einkommensverteilung zwischen Arm und Reich sich verschoben hat. Immer häufiger wird das sogar direkt miteinander in Verbindung gebracht. Diese Argumentation passt aber nicht zu wichtigen ökonomischen Daten und ist brandgefährlich.

Was ich meine? Weltweit ist die Stimmung der Konsumenten hervorragend. In der Euro-Zone und den USA ist nicht nur die Zuversicht der Konsumenten auf Spitzenwerten, sondern auch die Beurteilung der eigenen aktuellen wirtschaftlichen Lage ist von grosser Zufriedenheit geprägt.

Besonders auffällig ist das in Amerika. Dort misst die Universität von Michigan seit 1951, wie sich die Gemütslage der Konsumenten verändert. Nach eigenem Bekunden geht es den Amerikanern heute besser als in neun von zehn aller Befragungen der Vergangenheit. Und das nicht erst seit der Wahl von Donald Trump. Eine Erklärung seines Wahlerfolgs, die sich auf eine angebliche Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung stützt, scheint da wenig stichhaltig.

Solange wir frei über unseren Konsum entscheiden, gibt es Strukturwandel

Natürlich gibt es Globalisierungsverlierer. Aber jeder technische Fortschritt und auch jede Veränderung unserer Einkaufsgewohnheiten produziert Gewinner und Verlierer in der Wirtschaft. Der Strukturwandel wird in einem marktwirtschaftlichen System unaufhaltsam durch uns selbst vorangetrieben. Das war immer so und wird so lange so bleiben, wie wir frei über unseren Konsum entscheiden dürfen. Strukturwandel gäbe es auch



Klaus Wellershoff
Ökonom
Wellershoff & Partners

«Wer Freihandel mit Ungleichheit vermengt, spielt den Populisten direkt in die Karten.»

in einer vollständig vom Aussenhandel abgeschotteten Wirtschaft.

Was neu ist: dass wir trotz starkem Strukturwandel in den vergangenen Jahren in den Industrienationen kein grosses Beschäftigungsproblem haben. In den USA gibt es keine Massenarbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenrate liegt bei 4,8 Prozent, das ist historisch niedrig. Im Euro-Raum liegt mittlerweile die Beschäftigung auf einem Niveau, das über dem Wert vor der Finanzkrise angekommen ist. Von einem in seinem Umfang problematisch grossen Arbeitsplatzverlust aufgrund der Globalisierung, dem nicht auch Arbeitsplatzgewinne gegenüberstehen, kann keine Rede sein.

Nicht der Freihandel ist die Ursache für Ungleichheit, sondern die tiefen Zinsen

Auch Einkommensungleichheit gab es immer schon. In den letzten Jahren ist sie angestiegen, war aber in den Jahrzehnten zuvor historisch betrachtet ungewöhnlich niedrig. Liegt dieser Anstieg wirklich am Freihandel, wie uns die Populisten weismachen wollen? Liegt das nicht eher an den tiefen Zinsen, welche die Vermögenswerte inflationiert und die Einkommen aus Vermögen vergrössert haben? Liegt das in den USA nicht eher an der Steuerpolitik, insbesondere jener der Republikaner?

Eine falsche Analyse führt in der Regel zu falschen Schlussfolgerungen. Das gilt auch in der Politik. Es ist selbstverständlich, dass wir uns in einer sozial orientierten Marktwirtschaft um die Verlierer des Strukturwandels kümmern müssen. Wer den normalen Strukturwandel aber als Einfluss des Auslands diffamiert, hat nicht nur unrecht, weil er die zentrale Bedeutung des freien Konsumentscheids von uns Bürgern für unsere Produktionsstruktur ignoriert. Wer Freihandel mit Einkommensungleichheit politisch vermengt, spielt den Populisten direkt in die Karten und schwächt unsere Demokratie und unsere Wirtschaft.

MEHRWERT (3)

Hallo, wir wollen länger arbeiten!

CORIN BALLHAUS

Wir leben länger – und erst noch mit höherer Lebensqualität. Da ist es für mich nur selbstverständlich, dass wir länger arbeiten und damit erst noch länger vorsorgen. Aber wehe dem, der es wagt, eine Erhöhung des Rentenalters vorzuschlagen. Ist man gar eine Frau, ist man einem Shitstorm ausgesetzt. Wieso eigentlich? Für mich als Unternehmerin ist das offizielle Rentenalter eine künstliche und unnötige Schallgrenze. Mit Verlaub: Die Begeisterung für meine Firma und meine Arbeit hat kein Verfallsdatum. Ich entscheide frei, wie lange ich aktiv sein will und wann ich mit dem Kürzertreten beginne. Staatliche Vorschriften brauche ich dazu nicht.



Da ich im Dienstleistungsbereich tätig bin, sind mir kaum physische Grenzen gesetzt, wie sie in der Diskussion gerne als Argument gegen längeres Arbeiten angeführt werden. Und das, obschon

«Die Begeisterung für meine Firma hat kein Verfallsdatum.»

nur ein kleiner Teil der Erwerbstätigen überhaupt noch körperliche Arbeit leistet. Und warum soll ich im Alter nicht nochmals eine neue unternehmerische Herausforderung annehmen, wenn ich dazu Lust verspüre?

Umso mehr freut mich, dass in der Bevölkerung endlich ein Umdenken im Gang ist. In der Umfrage eines grossen Schweizer Versicherers haben jüngst immerhin rund 40 Prozent der Befragten angegeben, dass sie gerne freiwillig länger arbeiten würden respektive gerne länger gearbeitet hätten als bis zum offiziellen Rentenalter. Eine flexiblere Handhabung des Rentenalters statt starrer Grenzen muss hierzulande die Lösung sein.

Was sich jedoch für mich nicht ändert: Mein Bedürfnis, für mein Alter finanziell vorzusorgen. Aber da endet die Zeitrechnung der Vorsorgeanbieter heute noch immer bei siebzig Jahren. Gefragt sind also die Anbieter mit Weitblick, die Antworten auf die Bedürfnisse einer wachsenden Bevölkerungsgruppe haben – immerhin ist bereits jeder fünfte Erwerbstätige selbstständig – und die sich nicht hinter der Gesetzgebung verstecken. Denn der Gesetzgeber hat sich noch nie als Innovator hervorgetan, sondern folgt dem Markt – manchmal früh, meistens spät.

Corin Ballhaus, Inhaberin Ballhaus Profiling und Mitglied des Verbands Frauenunternehmen.

Donald Trump Absehbare Schäden

Nach der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA kam es zu Kursanstiegen an den Aktienmärkten. Die Anleger reagierten euphorisch auf Trumps Versprechen von Steuerimpulsen und Deregulierungen. Es überrascht nicht, dass Unternehmen und Anleger bisher zufrieden waren. Eine republikanische Trickle-down-Wirtschaftspolitik kommt überwiegend den Konzernen und vermögenden Privatpersonen zugute. Zugleich tut sie nahezu nichts, um Arbeitsplätze zu schaffen oder die Einkommen der Arbeiterschaft zu erhöhen.

Doch könnten die animalischen Instinkte des Unternehmenssektors rasch einen Urangst Platz machen: Der Rally am Markt geht bereits die Puste aus und Trumps Techtelmechtel mit den Anlegern könnte sich als Strohfeuer entpuppen. Hierfür gibt es mehrere Gründe.

Zunächst einmal mag die Erwartung von Steuerimpulsen den Aktienkursen Auftrieb gegeben haben, doch sie führte auch zu höheren langfristigen Zinsen, was negative Auswirkungen auf die Investitionsausgaben und auf zinsensible Sektoren wie den Immobilienbereich hat. Zugleich wird der erstarkende Dollar mehr von den Arbeitsplätzen vernichten, die normalerweise Trumps Anhänger aus der Arbeiterschaft innehaben. Der Präsident mag tausend Arbeitsplätze in Indiana «gerettet» haben, indem er dem Klimaanlagenbauer Carrier gedroht hat, doch die Aufwertung des Dollar seit der Wahl könnte im Laufe der Zeit fast 400 000 Arbeitsplätze in der produzierenden Industrie vernichten.



«Trump's Techtelmechtel mit den Anlegern ist ein Strohfeuer.»

Nouriel Roubini
Ökonom, Stern School of Business

Ein zweiter Grund, warum die Begeisterung der Anleger nachlassen könnte, ist das Schreckgespenst der Inflation. Angesichts der Tatsache, dass in der US-Wirtschaft schon jetzt nahezu Vollbeschäftigung herrscht, werden Trumps Steuerimpulse stärker für Inflation sorgen als für Wachstum. Die Inflation wird dann sogar die unter Janet Yellen zu einer expansiven Geldpolitik neigende US-Notenbank zwingen, die Zinssätze früher und schneller zu erhöhen, als sie das sonst getan hätte.

Geht Trump zu weit, wird er Handelskriege auslösen

Drittens wird dieser unglückliche Policy-Mix aus übertrieben lockerer Fiskalpolitik und restriktiver Geldpolitik die finanzielle Lage verschärfen und dabei den Einkommens- und Beschäftigungsaussichten der Arbeiter schaden. Die schon jetzt protektionistische Trump-Regierung wird dann zusätzliche protektionis-

tische Massnahmen verfolgen müssen, um die Unterstützung dieser Arbeiter zu bewahren, und wird so das Wirtschaftswachstum weiter einschränken und die Gewinne der Unternehmen mindern. Wenn Trump es mit dem Protektionismus zu weit treibt, wird er unzweifelhaft Handelskriege auslösen. Amerikas Handelspartner werden dann kaum eine andere Wahl haben, als auf die von den USA verhängten Importbeschränkungen mit der Verhängung eigener Zölle auf US-Exporte zu reagieren. Der folgende Schlagabtausch wird das globale Wachstum behindern und Volkswirtschaften sowie Märkten überall auf der Welt Schaden zufügen.

Viertens legen Trumps Massnahmen nahe, dass sein Interventionismus über einen herkömmlichen Protektionismus hinausgeht. Trump hat bereits seine Bereitschaft gezeigt, die Auslandaktivitäten der Unternehmen durch Androhung von Importabgaben, öffentliche Vorwürfe der Preistreiberie und Einwanderungsbeschränkungen ins Visier zu nehmen.

DIALOG



HZ Nr. 5 2.2.2017

«Bund will Klarheit wegen leerer Stauseen»
Wenn die Speicherseen so weiterproduzieren, dann sind sie Mitte Februar leer. Erst Mitte Mai ist der Zulauf wieder grösser als die normale Produktion. Das Blackout in der Schweiz kann also nur durch die Importe verhindert werden. Was aber, wenn die Deutschen ihre Kohlekraftwerke abstellen, wie es dort Links-Grün lautstark fordert? Im Winter gibt es

nämlich aus Solarenergie fast nichts, aus Wind wie immer nur unregelmässig Strom.
Peter Brenner

Die Stauseen füllen sich dann schon wieder, wenn der Schnee schmilzt und es regnet, warum macht ihr euch immer grad in die Hosen! Und in Frankreich bauen die Franzosen ein grosses Wasserstoffkraftwerk, also keine Panik.
Rolf von Arx



HZ Nr. 5 2.2.2017

«Bund will Klarheit wegen leerer Stauseen»
@Handelszeitung @engienetwork @Michael_Heim
Wird da was vorbereitet von wegen Atomstrom?
Artur Braun
@_Artur_Braun_

HZ Nr. 5 2.2.2017

«Salt greift Swisscom frontal an»
Las gerade den ganzen «Handelszeitung»-Artikel. Ich sage, Salt wird niemals

bis 2018 10 Prozent Marktanteil erreichen. #Glasfaserinternet
Ralf Beyeler
@ralfbeyeler

HZ Nr. 5 2.2.2017

«Zürich befürchtet massive Steuerausfälle»
@Handelszeitung @uelimaurer Wo er recht hat, ... Insbesondere die Stadt Zürich belässt es dabei, einfach nur die grösste CH-Stadt zu sein.
Viktor Ackermann
@ViktorAckermann



HZ Nr. 5 2.2.2017

«Die Krankenkassenprämien steigen weiter an»
Eine solche Kostenexplosion könnte auf eine exponentielle Steigerung hindeuten. Demnach könnte der Hauptgrund für die hohen Kosten eine extrem hohe Zinsverschuldung der Spitäler, Ärzte, Pharma und Krankenkassen bei den Banken liegen. Wenn die Löhne nicht genauso exponentiell zunehmen, wird es bis 2030 einen Bürgerkrieg geben – das ist ernst ge-

meint, so kann es nicht weitergehen. Und die Daten der Kunden auswerten und sie gegen den Kunden einsetzen, geht gar nicht.
Adrian Held

Die Möglichkeiten für Kostenreduktionen sind bereits heute vorhanden aber das staatlich garantierte High Income ist zu lukrativ, als dass Politiker aller Parteien sich von dieser «Plünderung des Bürgers» verabschiedeten.
Armin Koellner

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:

E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch

Twitter: twitter.com/handelszeitung

Facebook: facebook.com/handelszeitung

Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel